

PRESSEINFORMATION

BATTERIEN: ABFALLWIRTSCHAFT FORDERT MEHR HERSTELLERVERANTWORTUNG UND PFAND

Im Restmüll entsorgte Batterien stellen nach wie vor eine große Gefahr für Brandherde bei den Unternehmen der Abfallwirtschaft dar. Am gefährlichsten sind Lithium-Batterien und -Akkus, deren Marktanteil in den letzten Jahren stetig stieg und aktuell in der Kategorie Gerätebatterien bei 47 % liegt (Stand 2022). Nach einer Berechnung der Montanuniversität Leoben landen jährlich fast drei Millionen Stück dieser Lithium-Ionen-Batterien im Restmüll. Das bedeutet 2 Lithium-Batterien pro Tonne Abfall. Laut Schätzungen der Montanuniversität Leoben ist damit zu rechnen, dass sich diese Menge in den letzten sechs Jahren verdoppelt hat – mit stark steigender Tendenz. Damit wächst auch die Brandgefahr für Beschäftigte und Betriebe der Abfallbranche. Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) erneuert daher seine Forderung nach einem Pfand auf Batterien und eine Erhöhung der Sammelquote auf 90 %. In diesem Zusammenhang tritt die heimische Abfallbranche auch für eine erweiterte Herstellerverantwortung ein, etwa in Form eines Fonds, der Präventions- und Investitionskosten abdecken soll.

Wien, 15. Februar 2024 – Ab 18. Februar gelten die Regelungen der EU-Batterieverordnung, die für den VOEB zwar einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet – u. a. wegen verbindlicher Recyclingquoten sowie der Mindestzyklateinsätze bei der Neuproduktion – jedoch infolge des Verzichts auf ein europäisches Pfandsystem für Batterien zu kurz greift. Eine Öffnungsklausel erlaubt den Mitgliedsstaaten allerdings nationale Systeme.

Gute Gründe für ein Batteriepfand

„Ein Batteriepfand in Österreich ist aus mehreren Gründen das Gebot der Stunde“, unterstreicht Gabriele Jüly, VOEB-Präsidentin. „Falsch entsorgt bergen Batterien ein großes Risiko für unsere Mitarbeiter:innen – wir brauchen sichere Sammel- und Behandlungsbedingungen für diese Wertstoffe. Zudem ist der durch Brände entstandene Sachschaden enorm und gefährdet nicht nur die Betriebe, sondern auch die Entsorgungssicherheit der Bevölkerung. Nicht zuletzt auch aus Umweltschutzgründen liegt eine Pfandlösung nahe, denn knappe Ressourcen fordern besseres Recycling. Nur bei getrennter Sammlung können Batterien auch recycelt und Wertstoffe wie Aluminium, Kobalt oder Lithium wiederverwertet werden.“ Das wiederum, so Jüly weiters, trage zur Reduktion von Rohstoffimporten bei. Das Ziel: die gesetzliche Sammelquote bei Gerätebatterien von derzeit 45 % bis 2030 auf 75 % zu erhöhen. Jüly: „Als Verband gehen wir einen Schritt weiter und setzen uns für eine Sammelquote von 90 Prozent bei Batterien ein. Was für PET-Flaschen gilt, sollte auch für Lithium-Ionen-Batterien möglich sein.“ Die EU hat in ihrer Verordnung zu PET-Flaschen eine Sammelquote von mindestens 90 % bis 2029 vorgeschrieben.

Dramatische Zunahme von Bränden in Recyclingbetrieben

Prof. Roland Pomberger, Lehrstuhlleiter für Abfallverwertungstechnik und Abfallwirtschaft, und Thomas Nigl, Arbeitsgruppenleiter für Future Waste und Abfallwirtschaft, von der Montanuniversität Leoben, bestätigen den „eindeutigen Zusammenhang zwischen der steigenden Anzahl von Lithium-Batterien im Restmüll und den Bränden bei Recyclingbetrieben. Diese haben sich in Österreich in den letzten zwölf Jahren mehr als verfünffacht. Lithium-Ionen-Batterien können sich bereits bei kleinster Beschädigung entzünden und gefährliche Brände in Müllfahrzeugen, Sortier- oder Recyclinganlagen auslösen. Wir sprechen hier von bis zu sechs Brandherden pro Tag in einem Betrieb! Für die Abfall- und Ressourcenwirtschaft ist diese Entwicklung existenzbedrohend – viele Anlagen wurden bereits völlig zerstört.“

Produzenten auch finanziell stärker in die Pflicht nehmen

Einerseits kommen immer mehr Batterien auf den Markt, andererseits landen in den nächsten Jahren immer mehr Altgeräte am Ende ihres Lebenszyklus im Abfall. Die Wissenschaft geht daher von einer Verdoppelung der derzeit im Restmüll befindlichen Lithium-Ionen-Batterien von aktuell etwa drei auf sechs Millionen Stück aus. „Das Problem wird also sukzessive größer, und wir können und wollen es nicht allein lösen. Schließlich haben wir es auch nicht verursacht“, unterstreicht Jüly. Der VOEB fordert in diesem Zusammenhang eine Herstellerverantwortung, die über Aufklärung und Information der Öffentlichkeit hinausgeht und eine konkrete Kostenbeteiligung der Produzenten – etwa über eine Fondslösung - an Schulungsmaßnahmen, an erhöhten Versicherungsprämien sowie Investitionen in Brandschutztechnik vorsieht.

Über den VOEB:

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Abfall- und Ressourcenwirtschaftsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 250 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Abfallwirtschaftsbetriebe. Die Branche beschäftigt direkt und indirekt ca. 43.000 Mitarbeiter:innen, entsorgt und verwertet rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls in 1.100 High-Tech-Anlagen und erwirtschaftet Umsätze in der Größenordnung von 4 Mrd. Euro pro Jahr.

Rückfragen:

Veronika Wüster - Geschäftsführerin VOEB

Tel.: +43 1 713 02 53

E-Mail: wuester@voeb.at

Website: www.voeb.at

Axel Zuschmann

Ecker & Partner Öffentlichkeitsarbeit und Public Affairs GmbH

Tel.: +43 699 10100 892

E-Mail: a.zuschmann@eup.at